

Tagungsdokumentation

## **Bensberger Gespräche**

### **Gewinner der Globalisierung - Verlierer der Globalisierung.**

#### **Wo steht Europa?**

**22.-24. Januar 2007 in Bensberg**

*Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach*

### **Input II "Wirtschaftlicher Aufschwung – aber nicht für alle. Die Folgen sozialer Disparität am Beispiel China"**

*Kristin Kupfer, Sektion Politik Ostasiens an der Ruhr-Universität Bochum*

Ihrem Vortrag stellte die Referentin zwei wichtige Vorbemerkungen voran: Zum einen bewiesen chinesische Quellen, dass das Thema negativer sozialer Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung auch in China relativ offen diskutiert werde. Zum anderen müsse konstatiert werden, dass es eigentlich nicht möglich sei, von China im Allgemeinen zu sprechen. Das Land sei ausgesprochen heterogen und es gebe große regionale Unterschiede im Hinblick auf Wirtschaft, Gesellschaft oder Kultur. Im Grunde, fuhr Kupfer fort, könne China – was Fläche, ethnische Vielfalt und mit Abstrichen selbst die Bevölkerungszahl betreffe – durchaus mit Europa verglichen werden.

#### **Chinas Wachstum und die Folgen**

Bei der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, erklärte Kristin Kupfer, gebe es "Sonnen- und Schattenseiten". So verzeichne die Volksrepublik seit mehreren Jahrzehnten jährliche BIP-Wachstumsraten um die 9 Prozent. Es sei Peking gelungen, die Armut im Land extrem zu verringern, das Bildungsniveau der Bevölkerung zu steigern und große Erfolge im Bereich der Krankheitsbekämpfung zu erzielen. Auch hätte der Staat sich aus einer übermäßigen Kontrolle des Privatlebens seiner Bürger zurückgezogen. Auf der anderen Seite, so die Referentin, komme das Wirtschaftswachstum nicht allen Menschen zugute – es gebe eklatante Einkommensdifferenzen zwischen einzelnen Provinzen und sozialen Schichten. Inzwischen sei China einer der Staaten mit der höchsten Einkommensungleichheit weltweit. Hinzu kämen die hohen Kosten der Umweltschäden, die die Industrialisierung des Landes mit sich bringe. Diese machten inzwischen zwischen 8 und 13 Prozent des BIP aus und drohten damit die Gewinne des Wirtschaftswachstums aufzufressen.

Nach Auskunft von Kupfer betreibt die chinesische Führung seit 1978 eine ökonomische Reformpolitik, die sowohl auf dem Land als auch in den Städten die Eigenverantwortung der Menschen fördert und fordert. Die frühere Rundum-Versorgung gebe es nicht mehr. Die Konsequenzen seien für viele Menschen brutal – die Zahl der Arbeitslosen wachse, die soziale Sicherung sei mehr als lückenhaft und die Migrationsströme vom Land in die Städte wüchsen ständig. Hinzu kämen die Probleme von Überbürokratisierung und Korruption im Zuge der Umsetzung der Reformen. Einzelne Organisationen und Personen hätten sich im Verlauf der Privatisierungswelle bereichert, die Trennung von Staat und Wirtschaft funktioniere nur bedingt und politische Kader seien oftmals korrupt.

#### **Auswirkungen auf Gesellschaft und Politik**

Die Referentin betonte, diese Entwicklungen hätten die chinesische Gesellschaft fundamental verändert. Es existiere inzwischen eine als "Neues China" zu bezeichnende Bevölkerungsgruppe, die von den wirtschaftlichen Reformen der letzten Jahre profitiert habe. Diese Gruppe umfasse etwa 30 bis 50 Millionen Chinesen, was bedeute, dass es sich hierbei um eine – allerdings wachsende – Minderheit handele. Daneben gebe es die Gruppe

der Staats- und Parteikader (das "Sozialistische China"), die teilweise eine "Symbiose" mit den Angehörigen des "Neuen China" zum beiderseitigen wirtschaftlichen Nutzen eingegangen sei, teilweise jedoch auch die Rolle des Staates stärken wollten und einer "Mao-Nostalgie" frönten. Schließlich sei da noch das so genannte "Dritte-Welt-China", größtenteils verarmte Bauern, die dem "Neuen China" ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellten und damit in zunehmende Konkurrenz zum "Sozialistischen China" gerieten.

Insgesamt betrachtet, so Kupfer, gebe es in China eine fragmentierte Gesellschaft, die fragil wirke, jedoch eine erstaunliche Beständigkeit aufweise. Proteste aller Gesellschaftsgruppen gegen die Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung seien inzwischen an der Tagesordnung, wobei jede Bevölkerungsgruppe ihre eigenen Ziele und Anliegen verfolge und auch die Form der Proteste große Unterschiede aufweise. Wichtig sei jedoch, betonte Kupfer, dass sich die Proteste primär gegen lokale Kader und deren Politik richteten, der Zentralstaat und das politische System an sich jedoch bisher nicht in Frage gestellt würden.

### **Lösungsansätze und Ursachen sozialer Disparitäten**

Kupfer erklärte, der chinesischen Führung sei die weit verbreitete Unzufriedenheit im Lande durchaus bewusst. Daher arbeite die Regierung in Peking auch an gewissen Veränderungen innerhalb ihrer Wirtschaftspolitik, die – auch wenn dies offiziell niemals gesagt werde – vor allem den ehemals staatstragenden Schichten der Arbeiter und Bauern zugute kommen sollen. So gebe es inzwischen Tendenzen, Wirtschaftswachstum nicht mehr alleine quantitativ zu betrachten, sondern auch eine qualitative Komponente einzubeziehen. Dies zeige sich beispielsweise an Überlegungen, ein so genanntes "grünes BIP" einzuführen, d.h. Umweltschäden konkret gegen Gewinne der wirtschaftlichen Modernisierung aufzurechnen. Über eines, so die Referentin, dürfe man sich jedoch keiner Illusion hingeben – eine Demokratisierung Chinas werde es nicht geben, kritische Stimmen würden nach wie vor konsequent unterdrückt.

Was nun die politischen Ursachen sozialer Disparitäten betrifft, so sind diese nach Ansicht Kristin Kupfers auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems Chinas zu suchen. Das Konzept des "Kaderkapitalismus" und das Fehlen einer unabhängigen Gerichtsbarkeit fördere per se die Selbstbereicherung und Korruption von Politikern, Funktionären und Verwaltungsbeamten. Probleme gebe es besonders auf regionaler und lokaler Ebene. Die hier arbeitenden Kader und Beamten, so Kupfer, hätten strenge Vorgaben der höheren Ebenen auszuführen, ohne dass ihnen hierfür die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt würden. Die Folge sei eine wuchernde Korruption. Die Bedürfnisse der Bevölkerung spielten für die lokalen Verwaltungsebenen keine Rolle – denn anders als das Prinzip des Good Governance es erfordern würde, seien chinesische Politiker und Beamte nicht auf das Wohlwollen der Bevölkerung angewiesen.

### **Neue Dynamiken und Fazit**

Doch gebe es, betonte Kupfer, neuerdings Entwicklungen, die zeigten, dass das politische und gesellschaftliche System Chinas keinesfalls so statisch sei, wie es von außen den Anschein habe. Zum einen sei die Partei selbst nicht homogen und ihre Führungsriege sich nicht immer einig. Dominiert würde die Partei weiterhin von den "Neo-Liberalen", die die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik fortsetzen wollten. Demgegenüber propagierten die "Neo-Linken" eine Rückkehr zu einer sozialeren (und nationalistischeren) Politik. Die "Liberalen" schließlich seien die einzige – allerdings auch zahlenmäßig schwächste – Gruppierung, die einen wirklich fundamentalen Politikwechsel und Reformen forderten. Doch auch außerhalb der Partei entstünden neue Dynamiken, fuhr die Referentin fort. Inzwischen gebe es in China viele Initiativen von (oft in Netzwerken organisierten) Einzelpersonen, die das politische System Chinas von innen heraus zu reformieren suchten.

Zusammenfassend, konstatierte Kupfer, sei festzuhalten, dass die chinesische Führung inzwischen ein Bewusstsein für die Probleme im Land entwickelt habe. Viel hinge davon ab, wie sich die Zusammensetzung der politischen Führung weiter entwickeln werde. Die Bevölkerung jedenfalls hoffe mehrheitlich auf Reformen, die aus dem inneren Zirkel der Partei heraus kämen. Darüber hinaus bestehe Einigkeit, dass viele Probleme verknüpft seien und somit gleichzeitig gelöst werden müssten. Es stelle sich allerdings die Frage, wie die einzelnen Prozesse von Staat und Partei gesteuert und umgesetzt werden könnten. Ein failing state jedenfalls werde China trotz aller Unwägbarkeiten nicht werden, betonte Kristin Kupfer abschließend unter Rückgriff auf eine Frage aus dem Plenum. Es gebe historisch gewachsene, gut funktionierende staatliche Strukturen – und den Wunsch zu einer Systemänderung hätten weder die Regierung noch die Bevölkerung.